



Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung

28. Sitzung (öffentlich)

22. Februar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

14:47 Uhr bis 15:11 Uhr

Vorsitz: Ellen Stock (SPD)

Protokoll: Steffen Exner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|--|----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| Gemäß Vereinbarung der Fraktionen gilt für Abstimmungen
Fraktionsstärke. | |
| 1 Viertes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes | 4 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7534 | |
| – Wortbeiträge | |
| 2 Datenschutzrecht in Deutschland entbürokratisieren und Rechtssicherheit schaffen – den Beschlüssen der Datenschutzkonferenz muss eine rechtsverbindliche Wirkung zukommen | 5 |
| Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7759 | |
| – keine Wortbeiträge | |

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der im federführenden Ausschuss beschlossenen Sachverständigenanhörung zu beteiligen.

3 Neue Kritik des Städte- und Gemeindebundes am Grundsteuermodell ernst nehmen – Ungerechte Lastenverteilung zum Nachteil des Wohnens in Nordrhein-Westfalen muss dringend verhindert werden **6**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7760

– keine Wortbeiträge

Der Antrag der Abgeordneten Angela Freimuth (FDP) auf pflichtige Beteiligung an der im federführenden Ausschuss beschlossenen Sachverständigenanhörung wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD zugunsten einer nachrichtlichen Beteiligung abgelehnt.

4 Verschiedenes **7**

hier: **Bericht der Landesregierung zu den Ergebnissen der öffentlichen Wohnraumförderung im Land Nordrhein-Westfalen für das Förderjahr 2023**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Vorsitzende Ellen Stock hält fest, dass in einer der kommenden Ausschusssitzungen ein Tagesordnungspunkt zu dem Bericht Vorlage 18/2292 aufgerufen wird

* * *

3 Neue Kritik des Städte- und Gemeindebundes am Grundsteuermodell ernst nehmen – Ungerechte Lastenverteilung zum Nachteil des Wohnens in Nordrhein-Westfalen muss dringend verhindert werden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7760

(Überweisung am 25. Januar 2024 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung)

Der Antrag der Abgeordneten Angela Freimuth (FDP) auf pflichtige Beteiligung an der im federführenden Ausschuss beschlossenen Sachverständigenanhörung wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD zugunsten einer nachrichtlichen Beteiligung abgelehnt.

